

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	8. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	3. Februar 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

14.

**Punkt 13 der Tagesordnung: Wiederaufnahme der Teilfortschreibung FNP-Wohnen 2030 des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe (NVK):
Vorberatung der Verbandsversammlung des NVK am 09.03.2015
Vorlage: 2015/0032**

Dazu:

**Ergänzungsantrag der Stadträte Tilman Pfannkuch, Hermann Brenk, Thorsten Ehlgötz und Dr. Albert Käuflein (CDU) sowie der CDU-Gemeinderatsfraktion vom 3. Februar 2015
Vorlage: 2015/0095**

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den Empfehlungen der Planungsstelle des NVK zur Fortschreibung des Flächennutzungsplans 2030 Schwerpunkt Wohnen in der Vorlage des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe für die Verbandsversammlung am 9. März 2015 zu.

Daraus folgt:

- die Anpassung der dargelegten Werte des Dichtemodells aus dem Flächennutzungsplan 2010 als Datengrundlage für die Bedarfsermittlung der Wohnbauflächen.
- Die Stadt Karlsruhe verwendet Teile ihrer rechnerisch ermittelten Bedarfe, um die negativen Bilanzen anderer Mitgliedsgemeinden des NVK auszugleichen.
- die Wiederaufnahme der Fortschreibung Schwerpunkt Wohnen unter den beschriebenen Rahmenbedingungen.

Abstimmungsergebnis:

Spiegelstrich 1: 11 Nein-Stimmen, Rest Zustimmung
Spiegelstrich 2 und 3: Einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 13 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

Sie haben das alle nachvollziehen können. Die Vorlage ist relativ stringent und übersichtlich. Es geht darum, dass wir – ähnlich, wie wir es bei den Gewerbegebieten auch vor haben – die uns möglichen Wohnflächen nicht etwa nicht realisieren wollten, sondern wir sie schlichtweg nicht realisieren können. Dann wollen wir in eine Abstimmung mit den Umlandgemeinde gehen, um die nächste Fortschreibung dann gemeinsam zu erstellen. Wir werden dennoch – das sage ich hier ausdrücklich – natürlich alle Versuche unternehmen, so viel Wohnraum wie möglich auch auf Karlsruher Gemarkung zu schaffen. Davon hält uns auch diese Vorlage aus meiner Sicht nicht ab. Denn jeder zusätzliche Einwohner ist nicht nur jemand, der unsere Infrastrukturen nutzt und damit bereichert, sondern auch jemand, der über den Finanzausgleich unsere Kasse füllt. Schon allein deswegen wäre es fahrlässig, hier auf irgendwelche Dinge zu verzichten.

Wir sehen aber – die Diskussion könnte ich Ihnen jetzt quer durch die ganze Stadt führen -, dass wir an vielen Stellen, wo wir uns das aus rein städtebaulicher Sicht vielleicht sogar vorstellen könnten, dann eben aus ganz verschiedenen Gründen nicht mehr die Möglichkeit haben, mal eben ein neues Wohnbaugebiet auszuweisen, wie wohl wir sicherlich auch in diese Diskussion noch einmal verstärkt einsteigen wollen.

Wenn man sich aber die Gesamtquantitäten anschaut, dann ist das, was wir hier vorschlagen, gut umsetzbar, ohne dass wir Entwicklungsspielräume aufgeben. Wir kommen hier in eine regionale Abstimmung, die uns insgesamt als Ballungsraum, in dem wir zunehmend wahrgenommen werden, gut ansteht. Insofern bitten wir um die Zustimmung, dass wir diese Grundlagen zu unserer weiteren Planung machen, wobei Flächenfortschreibung immer auch bedeutet, dass wir jederzeit wieder in einen neuen Fortschreibungszyklus hinein gehen können, wenn wir feststellen, dass sich hier die Voraussetzungen verändert haben.

Sie haben es in der Vorlage deutlich lesen können. Ursprünglich ist man von sinkenden Bevölkerungszahlen ausgegangen. Jetzt muss man die Kehrtwende schaffen und muss wieder völlig neu ansetzen. Solche Entwicklungen sind natürlich immer mal wieder zu gegebener Zeit möglich. Aber so, wie wir es Ihnen hier vorschlagen, ist es keine Einschränkung, sondern ein, wie ich finde, regionaler Interessens- und auch Realisierungsmöglichkeitenabgleich. Das, denke ich, ist das, was hier in der Vorlage drin steht.

Wir haben einen Ergänzungsantrag von der CDU-Fraktion. Eine Stellungnahme haben wir auch und haben dazu dann auch die entsprechenden Antworten bereitgestellt.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Sie haben in Ihren erläuterten Ausführungen indirekt schon zu unserem Ergänzungsantrag ein paar Worte verloren. Aber trotzdem zum Grundsätzlichen:

Es geht hier um den Ausgleich rechnerischer Bedarfe, die Karlsruhe nicht auf eigener Gemarkung abdecken kann, mit Überhängen, die unsere Mitgliedsgemeinden im Umfeld durchaus zur Verfügung hätten. Das ist jetzt aber keine Idee des Regierungspräsidiums, so wie es in der Vorlage verständlich sein könnte, sondern es ergibt sich aus dem Landesplanungsgesetz, dass hier eine Bilanz zu ziehen ist und dass man Ausgleich durchzuführen kann, wenn es die Mitgliedsgemeinden des Nachbarschaftsverbandes wollen.

Die Region täte sich sicher einen Gefallen, wenn sie über diese Methode zunächst einmal versuchen würde, eine homogene Entwicklung anzustreben. Eine gesunde Siedlungsstruktur des Oberzentrums hilft allen. Die Bilanzausgleichsüberlegungen entsprechen den Zahlen der Bevölkerungsentwicklung prognostisch auf dem Stand von 2014. Da ist es nun einmal so, dass mehr Wohnbauflächen im Bereich der Nachbargemeinden, etwa 167 ha, zur Verfügung stehen, als im Bedarf anzumelden wäre. In Karlsruhe sind es immerhin 258 ha Flächen, die wir eigentlich bräuchten. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Diese Verrechnung führt dann zu einer Differenz von 98 ha, die rein rechnerisch von Karlsruhe in diese Bilanz eingeschossen werden könnte.

Jetzt ist es sicherlich zunächst einmal richtig, dass wir über Kooperationen nachdenken, wie wir das geschickt machen. Dieses Bilanzmodell Flächentausch ist generell eine vernünftige Überlegung. Nur – und da ist jetzt einfach der wahrnehmende Fingerzeig, den wir auch mit unserem Ergänzungsantrag erheben wollen – enthält die Vorlage bisher keine Angaben darüber, in welchem Umfang Karlsruhe tatsächlich die Flächenbilanz auffüttern wird. Das ist aber letztendlich – das muss ich auch allen noch einmal sagen – heute kein Beschlussfassungsgegenstand. Aber man muss es einmal klar machen. Es geht jetzt hier nicht um alles oder nichts, sondern wir werden wohl dosiert dann überlegen müssen, welchen Teil dieser uns zur Verfügung stehenden Flächen wir zugunsten unserer Umlandgemeinden in diese Bilanz einschießen. Das wird man später zu entscheiden haben, wenn vom Nachbarschaftsverband ein entsprechender Vorschlag über den Teilflächennutzungsplan vorliegt. Das ist das eine.

Aber die wirtschaftliche Dimension, die in dieser gesamten Bilanztheorie gelegen ist, muss man auch einmal deutlich machen. Da muss ich sagen, ist die Antwort der Verwaltung ein wenig dünn.

(Vereinzelter Beifall)

Da wird das etwas nivelliert mit Umkehreffekten und dergleichen. Ich habe auch noch nie gehört, dass der Aufwand für die Umlegung von Baugebieten derart in die Waagschale geworfen wird, dass die Vorteile, die eine Kommune dadurch hätte, egalisiert werden würden. Aber das nehme ich jetzt einmal gar nicht so ernst. Ich bin dahingehend informiert und meine Fraktion geht davon aus, dass es sich hier, wenn man es genau betrachtet, um zweistellige Millionenbeträge handeln könnte. Deshalb: Das legen wir bitte einmal nicht so sehr in die Waagschale.

Es geht also durchaus darum, dass wir das auch mit den Umlandgemeinden diskutieren. Es geht nicht nur um Nachteile für die Umlandgemeinden. Ich habe das gelesen. Die haben jetzt Angst, dass wir Karlsruher nur die negativen Dinge abwälzen wollen. Dieses Bilanzverschieben hat auch haushalterische Konsequenzen, vielleicht negative für Karlsruhe - das muss man auch wissen - aber dann im Umkehrschluss auch positive für die Umlandgemeinden. Das ist ein Punkt, der ist dann in der Vorlage wieder richtig angesprochen. Das muss einmal ausgehandelt, ausdiskutiert werden, so dass die Emotionalität von Anfang an raus kommt.

Aber das Wesentliche, das Sie vielleicht auch noch einmal zurecht erwähnt haben, Herr Oberbürgermeister, ist der Umstand, dass gerade die haushalterischen Konsequenzen es bedingen, dass wir in unserem eigenen Beritt – wie es vorhin so schön hieß – jeden

Quadratmeter nutzen, den wir zu Wohnbauflächen gebrauchen und auch umsetzen können. Dann kommen die üblichen Diskussionskriterien wieder in die Diskussion. Hier hat Selbsthilfe zunächst einmal Priorität, bevor wir in die Umlandgemeinden gehen. Das ist klar und ist auch irgendwo ein Gebot der Fairness. Dann müssen wir die berühmten Innenentwicklungspotentiale sehen, die dann immer von bestimmter Couleur hoch gehoben wird, wenn es um die weitere Entwicklung von Wohnbauflächen geht.

Da sind wir sehr gespannt. Nur eines geht nicht, Herr Dr. Fischer, das Floriansprinzip. Es geht hier nicht um einen Bilanztrick, wie wir das städtische Problem abwälzen auf den Umlandbereich, sondern wir müssen die haushalterischen Konsequenzen durchaus bedenken. Deshalb fordere ich jetzt auf, dass wir unter diesem Blickwinkel in einen fairen Umgang und eine faire Verhandlung mit Stadt und Umlandgemeinden eintreten, und zwar in beiden Richtungen.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Dr. Fehler (SPD): Selbstverständlich geht es um einen fairen Ausgleich der Interessen der Stadt Karlsruhe und der Umlandgemeinden. Die zugrunde gelegten Zahlen stellen ein Idealszenario dar. Mehr wäre sicherlich im Interesse der Stadt Karlsruhe immer besser. Aber wir von der SPD-Fraktion sehen es so, dass die 85 ha ein guter Ansatz sind. Da deckt sich unsere Einschätzung mit der Einschätzung des Herrn Oberbürgermeisters, dass es, wenn wir wider Erwarten ein Mehr an Wohnbaufläche ausweisen können, sicherlich Möglichkeiten gibt.

Viel wichtiger ist uns, dass endlich der Gemeinderat und letztendlich auch die Bauträger zu Handelnden werden und hier weitere Initiativen im Bereich des sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbaus ergreifen. Entscheidend ist, dass wir erst einmal diese ange-dachten 85 ha ausschöpfen. Darüber hinaus kann man dann im Hinblick auf einen Interessenausgleich weitersehen.

(Beifall bei der SPD)

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Es ist wichtig, dass wir uns mit dem Thema Wohnen beschäftigen, auch im Rahmen des Flächennutzungsplans, denn tatsächlich ist die Bereitstellung von Flächen für den Wohnungsbau schon eines der Hauptprobleme, das wir speziell auch in Karlsruhe haben. Eine verbandsweite Betrachtung macht auf jeden Fall Sinn. Sie ist auch unbedingt notwendig. Denn alleine könnten wir unseren Bedarf gar nicht stemmen. Ich sehe jetzt in erster Linie gar nicht unbedingt das Monetäre, sondern wir brauchen diese Flächen auch. Wir haben sie nicht. Schon die 85 ha, die jetzt anvi-siert sind, liegen nicht einfach so herum, dass man die mal eben ausweisen könnte. Wir haben ein echtes Problem. Dem müssen wir uns auch ganz intensiv widmen.

Da haben wir schon auch einige Ansätze in der Vorlage, die wir sehr wohl hinterfragen wollen. Das Land hat auch die Hinweise zur Plausibilitätsprüfung angepasst. Das geht aus unserer Sicht auch in die richtige Richtung, nämlich mit dem flächensparenden Ansatz, der auch vor überzogenen Neuausweisungen schützen soll. Auch der Nachbarschaftsverband muss sich noch stärker bei der Bedarfsermittlung einem flächensparenden Ansatz widmen. Da setzen wir auch gleich an bei der Anrechnung von Flächenreserven, wie sie hier in der Vorlage dargestellt ist. Da sind uns die Minderungsfaktoren zu

hoch. Da werden jetzt zum großen Teil bei Baulücken oder auch bei Neubaugebieten, die älter als 2009 sind, die Reserven nur zu einem Viertel angerechnet. Das reicht uns nicht. Das finden wir nicht in Ordnung. Wir meinen, man muss sich viel mehr als bisher noch mit Aktivierungsstrategien, gerade dieser Innenentwicklungspotentiale oder der noch nicht bebauten Baugebiete, auseinandersetzen.

Es ist ein bisschen schade. Wir haben vor ein paar Wochen dazu auch einen relativ detaillierten Antrag gestellt. Der wurde dann auf die nächste Sitzung verschoben, was wir im Grunde gut fanden. Was wir aber nicht wussten, ist, dass wir heute schon zum Flächennutzungsplan Thema Wohnen sprechen. Das ist jetzt ein bisschen schade, weil wir einen Großteil der Dinge dann auch in der nächsten Sitzung sicher noch einmal diskutieren müssen.

Ich will mich deswegen jetzt vor allem auch auf diese Vorlage konzentrieren. Aber die Frage Innenentwicklung, wie gehen wir mit unseren Reserven um, die müssen wir noch intensiver diskutieren.

Ein zweiter Punkt der Vorlage, den wir durchaus kritisch sehen und für hinterfragungswürdig halten, ist die Anpassung des Dichtemodells. Da meinen wir, man sollte schon an den ambitionierten Zielen, die im bisherigen Flächennutzungsplan auch gegeben waren, festhalten. Auch wenn man da die Ziele nicht immer erreicht hat. Wir wollen hier keine Abschlüge machen, sondern wir wollen vielmehr dann auch sehen, dort wo es nicht geklappt hat, sich an diese Ziele zu halten: Woran liegt es denn? Wir meinen, hier ist auch ein Umsteuern erforderlich. Wir können auch nicht mehr mit den gleichen Vorgaben arbeiten, wie vor 10 – 20 Jahren, oder wie es vielleicht andere Gemeinden in älteren Flächennutzungsplänen haben. Wir müssen zu stärkeren Dichten kommen. Das ist einfach so. Das müssen wir auch im gesamten Nachbarschaftsverband aus unserer Sicht hinbekommen. Diese Diskussion müssen wir führen, auch mit unseren Nachbargemeinden im Nachbarschaftsverband.

Deswegen: Die Modifizierung der Dichte akzeptieren wir nur bei diesem Typ A, wo es eine Modifizierung nach oben ist, also eine kompaktere Dichte, wohl wissend aber, dass man natürlich auch zu dicht bebauen kann, dass man das auch nicht machen darf. Aber wenn wir diese Modifizierung, die hier in der Vorlage drin ist, akzeptieren, dann sind wir noch weit unter den untersuchten Gebieten, die tatsächlich schon eine übertriebene Einwohnerdichte haben. Ich nehme fast an – es war jetzt nicht erwähnt -, dass die Südstadt-Ost auch so ein Beispiel ist, wo man über das Ziel hinaus geschossen ist. Das wollen wir auch nicht. Wir wollen schon qualitativvolles Bauen. Aber wir wollen auch verdichtetes Bauen.

Eine weitere Einschränkung möchten wir auch machen bei der Ermittlung des absoluten Bedarfs. Auch hier halten wir eine Orientierung am maximalen Bedarf nicht für sinnvoll, wie es jetzt gemacht wurde. Es sind in vielen Gemeinden große Überhänge da. Wir müssen schon auch insgesamt die Grenzen eher knapp setzen, damit auch dort die Überhänge vernünftig abgebaut werden. Nicht alles abbauen, auch in den Nachbargemeinden brauchen wir natürlich eine Entwicklung. Wir sehen es ein. Wir müssen mit dem Zuwachs umgehen. Das ist keine Frage. Aber diese übertriebenen Überhänge sollte man doch abbauen. Deswegen sollte man eine moderate Bedarfsprognose machen, eine, die auch schon auf flächensparende Ansätze ausgerichtet ist.

Zusammenfassend können wir deswegen heute nicht allen Punkten der Vorlage zustimmen. Genauer gesagt: Wir können dem ersten Punkt nicht zustimmen, dieser dargelegten Anpassung des Dichtemodells. Das werden wir so nicht mittragen. Dass wir Teile des rechnerischen Bedarfs für Karlsruhe umlegen und einen Ausgleich suchen im Nachbarschaftsverband, akzeptieren wir, so lange wir uns jetzt noch nicht auf diese 85 ha festlegen müssen. Die Wiederaufnahme der Fortschreibung Schwerpunkt Wohnen unter den beschriebenen Rahmenbedingungen akzeptieren wir jetzt einmal so grob auch, wobei bitte dann auch das berücksichtigt werden soll, was ich jetzt ausgeführt habe an Punkten, die aus unserer Sicht noch einmal zu hinterfragen sind.

Ich bitte deswegen, diese drei Punkte getrennt abzustimmen.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Zur Vorlage und der bisherigen Diskussion möchte ich sagen: Die normative Kraft des Faktischen heilt manches.

Der Antrag der CDU wurde ohne Begründung ausgeliefert, „eine Begründung erfolgt mündlich“. Tut mir leid, Kollege Pfannkuch, ich habe die Begründung nicht verstanden. Ich brauche eben immer ein bisschen länger. Deswegen wäre es schön gewesen, wenn ich sie doch schriftlich gehabt hätte.

Aber es ist einfach so. In einer Zuzugsregion wie Karlsruhe wachsen die Ansprüche der einzelnen Einwohner auf Wohnraum. Ich frage hier im Raum: Wer war in den letzten Jahren bereit, in eine kleinere Wohnung zu ziehen? Da frage ich nicht nur den Gemeinderat, da frage ich von mir aus auch die ganze Verwaltung. Dann wird es nämlich ziemlich weit.

(**Stadtrat Geiger/GRÜNE** hebt die Hand.)

- Ich sehe eine Wortmeldung, hervorragend, Herr Geiger.

Aber das ist nicht der Durchschnitt. Deswegen werden wir mehr Wohnungen brauchen, zumindest auf die nächsten fünf bis zehn Jahre.

Jetzt kommt die andere Seite der normativen Kraft. Es gibt nun einmal in unserer Stadt dafür nicht genügend Fläche. Ich kann jetzt lange drumherum reden. Aber es bleibt eine Schwere zwischen Anspruch auf Fläche und vorhandener Fläche. Deswegen muss die Region helfen. Eine Region, die ich bei nächster Gelegenheit auch wieder hier im Gemeinderat kräftig angreifen werde. Nachher zum Beispiel. Aber wir brauchen bei diesem Thema diese Region. Der Flächennutzungsplan wird vom Nachbarschaftsverband aufgestellt, mit unseren Umlandgemeinden. Also müssen wir uns mit denen einigen.

Ich erinnere an das Thema Fortschreibung des Flächennutzungsplans Gewerbe, wie schwierig es war, das von uns fast einstimmig gewünschte Thema Interkommunale Gewerbegebiete voranzubringen. Das ist in meinen Augen sehr in den Kinderschuhen stecken geblieben. Aber vielleicht gelingt es uns in dem Zusammenhang, wenn wir erneut mit der Region, mit dem Umland reden, auch dieses Thema wieder voranzubringen.

Die normative Kraft des Faktischen gilt aber auch beim Dichtemodell, Kollegin Lisbach. Wir können jetzt an Modellen herumschrauben. Aber dieses Modell ist ein Versuch, die Realität abzubilden. Wenn ich die Realität missachte, komme ich nicht weiter. Deswegen können wir mit diesem Konzept komplett leben. Es ist uns unbenommen, als stärkste Kraft im Nachbarschaftsverband jederzeit zu sagen: Halt, da entwickelt sich etwas in die falsche Richtung. Dann können wir das entsprechend diskutieren. Aber ich finde die Vorlage hervorragend vorbereitet und nachvollziehbar. Mit der sollten wir uns dann wirklich auch in die Verhandlungen mit der Region, mit dem Umland begeben.

(Beifall bei der KULT)

Stadtrat Jooß (FDP): Kollege Dr. Fischer hat es schon ganz deutlich gesagt: Wir brauchen mehr Wohnungen und haben nicht genügend Flächen. Das ist eindeutig Fakt. Wenn wir die Leute hier in Karlsruhe unterbringen wollen, wenn sie hier wohnen sollen, dann brauchen wir einen Finanzausgleich. Dann müssen wir entsprechend bauen, und zwar verdichtet, aber nicht nur verdichtet, sondern auch in die Höhe. Uns bleibt gar nichts anderes übrig.

Wir stimmen deswegen trotzdem der Vorlage zu, weil wir am längeren Hebel sitzen. Wenn der Oberbürgermeister im Nachbarschaftsverband für uns die Stimme abgibt, haben wir absolute Mehrheit. Von daher können wir hier flexibel handeln.

(Beifall bei der FDP)

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich würde Sie bitten, das Thema, dass wir da die Mehrheit haben, nicht so oft zu verwenden, weil das dort nicht unbedingt immer so auf große Begeisterung stößt,

(Vereinzelter Beifall)

uns sogar mitunter das Leben ganz schön schwer macht. Mir wäre es manchmal lieber, es wäre nicht so. Das sage ich auch ganz ehrlich.

Ich glaube, es ist noch einmal wichtig, dass wir gemeinsam festhalten: Diese 258 ha sind auf der Gemarkung der Stadt Karlsruhe einfach nicht möglich. Nicht, weil wir nicht wollen, sondern weil es das einfach gar nicht hergibt.

Natürlich, Herr Pfannkuch, kann ich jetzt ausrechnen, wie viel Einwohnerinnen und Einwohner ich, wenn ich die 285 ha hätte, hier ansiedeln könnte, wie viele Finanzmittel aus der Finanzumlage mir das bringen würde. Dann kann ich den Eindruck erwecken, als hätte ich hier eine Wahl gehabt, die ich dann zu Lasten des Fiskus entschieden hätte. Das habe ich aber nicht. Ich würde natürlich alle diese Einwohnerinnen und Einwohner auch auf 280 ha ansiedeln, wenn ich sie hätte. Aber ich habe sie eben nicht. Insofern finde ich es immer richtig, dass wir auch immer wissen, was wir an Potential aufgeben.

Das ist sicherlich ein starkes Argument, um auch dann mit den Umlandgemeinden einmal zu versuchen, Wege zu finden, die man gemeinsam beschreiten kann. Aber es ist ganz wichtig, dass nicht der Eindruck entsteht, wir würden hier aus Jux und Tollerei

oder aus Lust an der regionalen Zusammenarbeit auf Einnahmemöglichkeiten verzichten. Das ist nicht das, was uns treibt, sondern uns treibt der schlichte Mangel an Bauflächen.

Ich möchte gleichzeitig - meine dritte Bemerkung - davor warnen, wir könnten jetzt bei den Umlandgemeinden wer weiß was herauspressen, nur weil wir hier dem Flächennutzungsplan jetzt Entwicklungsmöglichkeiten überlassen, zumal die Entwicklung des Umlandes auch uns als Oberzentrum wieder zugute kommt, wenn ich an Einkaufen und alles Mögliche denke. Aber wir werden natürlich solche Gespräche führen und werden einmal schauen, was sich so entwickeln lässt. Es ist heute eine Rahmensetzung. Es ist noch kein Beschluss über den Flächennutzungsplan. Es ist der Einstieg in eine Diskussion. Es ist noch nicht die Vollendung.

In diesem Sinne können wir heute den Beschluss auch so fassen. Ich werde das natürlich gerne getrennt abstimmen lassen, damit wir dann auch hier die unterschiedlichen Schwerpunkte erkennen können.

Wir können gerne noch vertiefter in die Fragen einsteigen im Verlauf des Prozesses. Die haben Sie wieder gestellt, Herr Pfannkuch, weil Sie mit der Antwort noch nicht zufrieden waren. Ansonsten würde ich aber meinen, dass wir jetzt einfach über unsere Beschlussvorlage abstimmen können.

Da würde ich über den ersten Spiegelstrich, der in diesem Fall ein Punkt ist, und zwei und drei dann getrennt abstimmen.

Wir kommen zum Spiegelstrich eins, das bezieht sich auf das Dichtemodell. Da bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind 11 Nein-Stimmen, der Rest ist Zustimmung. Damit ist das mehrheitlich angenommen.

Die beiden Spiegelstriche zwei und drei können wir zusammen aufrufen. Da bitte ich auch um das Kartenzeichen. Das ist eine stimmige Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
20. Februar 2015